

Dieter Rinker
Fraktionsvorsitzender
der Freien Wähler
im Gemeinderat der
Stadt O b e r n d o r f a.N.

Oberndorf, den 15.12.2020

Rede zur Verabschiedung des Haushalts 2021

– es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Acker,
verehrter Herr Erster Beigeordneter Kopf,
werte Amts- und Fachbereichsleiter,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

vorab möchten die Freien Wähler der Verwaltungsspitze und der Kämmerei einen herzlichen Dank für die Darstellung und Transparenz des Haushaltsplans 2021 aussprechen, welcher bereits im vierten Jahr nach Einführung der Doppik schonungslos für Klarheit und Wahrheit sorgt, auch wenn uns diese Klarheit und Wahrheit für das kommende Jahr nicht unbedingt fröhlich stimmen kann.

Wir verabschieden heute einen städtischen Haushalt für das kommende Jahr und müssen bereits zum dritten mal seit Einführung des kaufmännischen Rechnungswesens in 2018 einen nicht ausgeglichenen Ergebnishaushalt hinnehmen und zur Finanzierung unserer Investitionen wiederum Kredite auf hohem Niveau einplanen.

Im Ergebnis bedeutet dies, dass wir wiederholt dem Nachhaltigkeitsprinzip und somit den Grundsätzen doppischen Haushaltens nicht nachkommen, damit eigene Ressourcen verbrauchen und die zukünftigen Generationen belasten.

Bei unserer Finanzklausurtagung, sinnigerweise am Freitag, den 13. November, erlangten vornehmlich die neuen Fraktionsmitglieder der Freien Wähler erneut die bittere Erkenntnis, dass nahezu alle vorgelegten Positionen und Wertsetzungen weder Gestaltung noch Veränderung zuließen und somit zu diesem Zeitpunkt sprichwörtlich „*die Messe bereits gelesen war.*“

Eine Erkenntnis, die in unseren Reihen den Anspruch und zugleich **Antrag** auslöst, regelmäßige Haushaltszwischenberichte der Verwaltung nicht nur schlicht zur Kenntnis zu geben, sondern in vertiefter Form die Wirkung und den Einfluss auf gegenwärtige wie auf zukünftige Haushalte zu erörtern und nötigenfalls gegenzusteuern.

Dies geschieht weniger aus einem Kontrollbedürfnis heraus, sondern vielmehr aus der Notwendigkeit auftretende Risiken und Unwägbarkeiten im Frühstadium aufzudecken und Gegenmaßnahmen und/oder Änderungen einzuleiten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich habe eingangs bewusst die Anzahl negativer Bilanzen unserer Ergebnishaushalte vorangestellt, um eindeutig nachzuweisen, dass die aktuelle Pandemie nur partiell als Ursache unseres Defizits herangezogen werden darf.

Es kann auch nicht zufriedenstellen, dass hohe Kreditbedarfe nur deshalb zu keiner Überschuldung führen, weil viele geplante Maßnahmen nicht realisiert werden können. Diese Projekte müssen danach in die Warteschlange und blockieren zukünftige Maßnahmen.

Wir müssen uns wohl eingestehen, dass wir den Haushalt 2021 selbst ohne das Auftreten dieser Pandemie wahrscheinlich nicht hätten ausgleichen können.

Und weil es nicht nur unserer Stadt seit der Einführung des kaufmännisch geprägten Rechnungswesens so ergeht, stellt sich für die Fraktion der Freien Wähler die Frage, ob Städte unserer Größe, welche erfreulicher Weise über eine überdurchschnittliche Ausstattung verfügen, überhaupt eine Chance haben, sowohl ausreichend Finanzmittel zur Unterhaltung des städtischen Betriebs, als auch den Wertverlust städtischen Anlagevermögens erwirtschaften zu können.

Oberndorf hat damit ein strukturelles Problem.

Die Behebung dieses Problems muss zunächst aus der Mitte der Verwaltung und des Gemeinderats umfassend und tiefgreifend angegangen werden in Form von

Reduzierung der Ausgaben, Erhöhung der Einnahmen, Steigerung von Effizienz und Effektivität. Und dies nicht nur in Krisenzeiten.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Acker,

im Zuge der vergangenen Sitzungen, haben Sie im Lichte beantragter Lockerungen oder Aufhebungen eingeschlagener Sparmaßnahmen mehrfach vehement eingefordert, dass zusätzliche Leistungen und Investitionen nur in Verbindung mit einer konkreten, den Haushalt nicht weiter belastenden Gegenfinanzierung möglich sind.

Die Freien Wähler teilen ihre Haltung und haben diesbezüglich Überlegungen angestellt, um konkrete Vorschläge zur Konsolidierung gewichtiger Etatposten im Ergebnishaushalt wie folgt vorzuschlagen.

Wir haben uns dabei allerdings keine Denkverbote auferlegt!!

Zum Ergebnis:

1. Eine Möglichkeit der Einnahmesteigerung und Ausgabenminderung sehen wir in der Wiedereinführung der aufgegebenen Parkraumbewirtschaftung.

Unsere äußerst großzügige, nahe schrankenlose Zurverfügungstellung von Parkraum, hat ohne ausreichenden Kontrollaufwand nachweislich „**über Gebühr – nein vielleicht besser – ohne Gebühr**“ - zu vielfachen Dauerbelegungen öffentlicher Parkplätze geführt.

In der Wirkung künstlich erhöhte Bedarfe und gleichzeitig einen deutliche Minderung des angestrebten hohen Umschlags.

Wir dulden damit schlicht und ergreifend Zustände, die mobilen Kunden und Gäste vom Besuch unserer Stadt förmlich abschrecken. Hermann Löns hat sicher ohne Bezug zu unserem Problem, dennoch treffsicher formuliert:

“Zukünftig wird es nicht mehr darauf ankommen, dass wir überall hinfahren können, sondern ob es sich lohnt dort anzukommen.“

Die intelligente und strukturierte Bewirtschaftung von Parkraum mit beharrlicher Kontrolle generiert nicht nur erwünschte Einnahmen, sie optimiert den Bestand und entbehrt die kostspielige Herstellung und Erweiterung neuen Parkraums. Eine Optimierung dieses Systems könnte durchaus die Erweiterung des Parkhauses an der Wette vielleicht auf Jahre hinaus entbehrlich machen.

Die Freien Wähler fordern aber auch im privaten Bereich dem hohen Gut unserer Mobilität Rechnung zu tragen. Der in den aktuellen Bebauungsplänen geforderte Nachweis von lediglich einem Pkw-Stellplatz pro Wohneinheit, hätte vielleicht in den 70-er Jahren durchaus den tatsächlichen Bedarf gedeckt. 50 Jahre später sollte dies zwingend einer Änderung zugeführt werden.

2. Aus den Reihen der CDU wurde schon mehrfach Kritik an den immensen Kosten bei der Erstellung von Gutachten, Planungs- und Machbarkeitsstudien, sowie beauftragten Bauüberwachungen, Ausschreibungen und Expertisen laut. Die Notwendigkeit von Fremdbeauftragungen wird seitens der Verwaltung unter anderem mit der Überlastung städtischer Fachbereiche begründet.

Eine turnusmäßige Berichterstattung zur Kostenentwicklung war daraufhin die Folge. Aus Sicht der Freien Wähler nicht die Lösung des Problems. Bekanntlich werden Dinge, die unter die Lupe genommen werden vielleicht größer aber keineswegs gelöst.

Wir sind überzeugt, dass unsere Verwaltung ausreichend personelle Ressourcen und Fachkompetenz zur Bewältigung vieler Aufgabenstellungen dieser Art vorhält. Zur Freisetzung dieses hochwertigen Potenzials schlägt die Fraktion der

Freien Wähler vor, das städtische Fachpersonal nur in zwingenden Fällen an den vielen Sitzungen der Gremien zu beteiligen.

Unsere Sitzungsunterlagen sind gerade durch unsere Fachämter umfassend informativ und verständlich aufbereitet, so dass bei sorgfältiger Befassung selten Erläuterungen durch Fachämter und/oder externen Beratern notwendig sind.

3. Eine weitere Steigerung der Effizienz erwarten die Freien Wähler durch die schon lange geplante und nie umgesetzte Schaffung eines zentralen Bürgerbüros.

Dort können Bürgerinnen und Bürger administrative und standardisierte Dienstleistungen ohne zeitaufwändigen Besuch mehrerer Stellen des Rathauses erhalten. Die Fachämter sind dadurch vom Besucherverkehr deutlich entlastet. Vielleicht könnte hierdurch auf benötigte Büroflächen verzichtet werden, die im Dachgeschosses des Rathaus entstehen sollen.

4. Im Zuge der notwendigen Konsolidierung des Ergebnishaushalts wurden nahezu alle freiwilligen Leistungen mit einer vorübergehenden Sperre belegt. Das hierauf ausgelöste Unverständnis und Enttäuschung zeigt einmal mehr, dass gerade diese Dinge nachgefragt werden und damit die Qualität unserer Stadt ausmachen.

In diesem Kontext wurde in der letzten Gemeinderatssitzung ein Antrag eingebracht, das derzeit gesperrte Förderprogramm „Leben Mittendrin“, welches den Abriss und Wiederaufbau von Wohngebäuden in den Innenbereichen der Stadt fördert, aufzuheben und wieder zu aktivieren. Angesichts der fehlenden Gegenfinanzierung wurde der Antrag mit deutlicher Mehrheit abgelehnt.

Mit unserer Ablehnung wollten die Freien Wähler dieses nachhaltig wirkende Ordnungsinstrument keinesfalls unwirksam machen. Vielmehr möchten wir zeitnah die bislang offene Finanzierung dieses städtebaulichen Förderprogramms partiell mit Erlösen der Bauplatzverkäufe auf der grünen Wiese koppeln. Der städtebauliche Grundsatz „**Innenentwicklung vor Außenentwicklung**“ muss auch in unserer Kommune wieder Beachtung finden. Die drohende Verödung unserer Innenbereiche darf keinesfalls so weitergehen.

**Meine sehr verehrten Damen und Herren,
dies sind die Vorschläge der Freien Wähler zur Konsolidierung des Ergebnishaushalts, welcher schonungslos der Gradmesser nachhaltiger Kommunalpolitik ist.**

Trotz Zuweisung von Bundesmitteln in Höhe von 2,5 Mio. Euro als Ausgleich des Gewerbesteuerückgangs und einer deutlichen Senkung der Kreisumlage um nahezu einer Million Euro, werden wir ein Finanzierungsdefizit in einer Höhe von nahezu 2 Millionen hinnehmen müssen. Gerade in diesen Zeiten ist mutiges Handeln angesagt.

Jean Paul Sartre hat es auf den Punkt gebracht: „**Vielleicht gibt es bessere Zeiten, aber diese ist die unsere.**“

Wir dürfen durchaus stolz sein auf das was den Bürgerinnen und Bürgern von Oberndorf weiterhin an kommunalen Einrichtungen zur Verfügung steht. Dies verlangt jedoch auch einen hohen Aufwand in den Erhalt. Wir haben die Pflicht so zu handeln, dass wir zukünftigen Generationen wenigstens ähnliche Rahmenbedingungen bieten, denn:

Wir haben unseren Lebensraum nicht von unseren Eltern geerbt, sondern nur von unseren Kindern geliehen.

Dass wir unseren Nachkommen diese Leihgabe weder wertlos, noch unbeschadet zurückgeben können, sind im kommenden Jahr wieder hohe Aufwendungen nötig, um die städtische Infrastruktur zu sanieren und in ihrer Gebrauchsfähigkeit den zukünftigen Standards anzupassen.

Die Freien Wähler sind überzeugt dass hierbei **Investitionen** in Schulen gut angelegt sind.

Zeitgleich mit der Fertigstellung der Lindenhofgrundschule wird auf der anderen Seite des Neckars in Bochingen die dortige Gutenberg-Grundschule saniert. Nahezu 1,3 Mio. Euro wird für die Ertüchtigung benötigt. Wir sehen durchaus die Notwendigkeit einer Sanierung. Wir bedauern, dass dort ein Ganztagesbetrieb angeblich vorerst nicht gewünscht wird, welcher bei späterer Realisierung dann erneut Investitionen auslöst, die aus unserer Sicht vermeidbar sind, wenn Sanierung und Strukturänderung zeitgleich einhergehen.

In der Oberstadt zieht sich die Sanierung des Gymnasiums immer mehr in die Länge. Die Fertigstellung des reinen Schulbaus wird voraussichtlich in 2022 erreicht.

Bis dahin werden im Innenausbau und im Bereich des Brandschutzes noch ca. 1,8 Mio. € eingesetzt werden müssen.

Ein Ende ist an dieser Örtlichkeit leider nicht in Sicht. Die beiden sich anschließenden Turnhallen, welche zeitlich mit dem Gymnasium errichtet wurden, sind nicht nur undicht, sondern müssen im Bereich der Tragkonstruktion kernsaniert werden. Die Sanierung duldet keinen Aufschub und wird im kommenden Jahr begonnen und geplant 2022/2023 beendet sein. Diese Maßnahme war nicht vorhersehbar und erfordern einen Mittelaufwand in Höhe von ca. 4,8 Millionen Euro.

Wir hoffen inständig auf hierzu beantragte Fördergelder in einer Größenordnung von bis zu 2 Mio. Euro. Ob dies im Lichte der angespannten Finanzlage in Bund und Land so fließen ist allerdings ungewiss.

Unserer Bauverwaltung danken wir jedenfalls ihre Ausdauer und Geduld im.schwierigen Bauablauf.

Auch im **Tiefbau** ist Ausdauer gefordert. Am Start stehen mehrjährige Projekte des Hochwasserschutzes, der Erschließung des Gewerbegebiets Vogelloch, die Sanierung der Austraße und der Talstadtsanierung. Insgesamt 4,1 Mio. € in 2021 und 7,8 Mio. € in 2022 kosten die Maßnahmen und lassen damit keinen Spielraum für zusätzliche Dinge.

Wenn im dortigen Finanzplan des Tiefbaus häufig die Verwendung VE = Verpflichtungsermächtigung auftaucht hat dies verglichen mit dem Straßenverkehr die Bedeutung einer roten Ampel nämlich: ein Stopp für alle anderen Begehrlichkeiten.

Einzig erfreulich ist hier der Umstand, dass die erstellten Gewerbe- und Wohnbauflächen auf großes Interesse stoßen und die aufgewendeten Gelder zeitnah wieder an die Stadt zurückfließen.

Die Freien Wähler legen gerade bei großer Nachfrage Wert auf eine nachhaltige Gewerbe- und Baulanderschließung. Dies beginnt mit einer gerechten Umlegung der tatsächlich entstandenen Aufwendungen im jeweiligen Baugebiet und der angemessene Erhebung und Umlegung eines ökologischen und infrastrukturellen Ausgleichs im Plangebiet.

Bei den Gewerbegebieten versprechen wir uns nicht nur einen schnellen Rückfluss der Investitionsgelder, sondern vorzugsweise auch die Ansiedlung von wirtschaftlich potenten Unternehmen, wovon unsere Kommune im Bereich der Gewerbesteuer, des Arbeitsplatzangebots, sowie bei der Einkommenssteuer partizipiert. Die Existenz von leistungsstarken Betrieben ist für unsere Stadt somit das Gebot der Stunde.

Die finanzielle Gesundung unserer Kommune möchten wir gerade nicht durch die andernorts gerne praktizierte Erhöhung der Grundsteuer B – dahinter verbirgt sich Grundsteuer – herbeiführen, sondern durch einen wohldosierten Mix von örtlichen und fremden Unternehmen mit entsprechenden Gewerbesteuereinnahmen.

Diesbezüglich finden es die Freien Wähler unlauter, wenn sich in Bochingen eine Haltung breit macht, den Flächenverbrauch zur Wohnbebauung und Lebensmittelversorgung auf der grünen Wiese heilig zu sprechen, hingegen strategisch bedeutsame Flächen für die Ansiedlung weiterer Gewerbebetriebe zu verteuern.

Die kommunale Pflicht zu kaufmännischem Verhalten muss auch beim Umgang mit unserem städtischen Nebenbetrieb **Wasserwerk** ihre Anwendung finden. Gesetzt den Fall wir würden unser Wasser von einem externen Unternehmen beziehen, wäre die Erhebung einer Konzessionsabgabe nicht nur üblich, sondern schlichtweg Pflicht.

Warum erhebt die Stadt gegenüber dem Wasserwerk, als Betrieb gewerblicher Art, keine Abgabe für die Gewährung einer Monopolstellung und die Inanspruchnahme öffentlicher Flächen? Abgaben dieser Art würden uns jedenfalls gut tun und dem Wasserwerk nicht über Gebühr schaden.

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

dies war die Bewertung der Freien Wähler zum vorgelegten Haushalt 2021. Wir stimmen trotz festgestellten Defizits und struktureller Probleme den Planungen zu.

Wir wünschen, dass unsere Anregungen und Vorschläge fruchtbare Diskussionen und die eine oder andere Realisierung auslösen.

Gerade die aktuelle Krise sollte uns nicht vom Ziel abbringen unseren Haushalt mittelfristig strategisch neu auszurichten. Einschnitte bei Leistungen und Standards sind dabei unumgänglich.

„Eine Haushaltssanierung, welche die meisten Bürger nicht merken, wird laut Kommunalexperten niemals ausreichen – sie wird der Begrifflichkeit einer „Sanierung“ nicht annähernd gerecht.

Zum Abschluss möchte ich mich im Namen meiner Fraktion bei allen Bürgerinnen und Bürgern recht herzlich für das angemessene und verantwortungsvolle Verhalten in den letzten Wochen und Monaten bedanken. Unsere Kommune war deshalb kein Hotspot in der Pandemie.

Empfehlungen von Virologen und politisch Verantwortlichen sind leider dann vollkommen nutzlos, wenn die Bürgerinnen und Bürger nicht selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Handeln zeigen. Allen Erkrankten wünschen wir eine baldige Genesung.

Einen besonderen Dank an allen Institutionen und Einrichtungen - hier zähle die Stadt ebenso hinzu - , die uns in schwierigen Zeiten die Sicherheit und Versorgung hochhalten. Dies sollte auch nach der Krise nicht in Vergessenheit geraten.

Ich wünsche Ihnen jedenfalls alles erdenklich Gute für die kommenden Tage und Wochen.

Bleiben Sie gesund in diesen Zeiten!!